

# MIT EINEM NEW-DEAL DIE SCHWEIZERISCHE WIRTSCHAFT REFORMIEREN

In Analogie zum New-Deal, den Franklin D. Roosevelt 1933 nach dem Börsencrash von 1929 initiierte, schlage ich einen New-Deal für die Schweizer Wirtschaft vor. Der jüngste Crash an den internationalen Aktienbörsen ist vergleichbar mit dem Börsencrash von 1929. Die 90er- Jahre sind damit definitiv eine Kopie des Liberalismus aus den 20er-Jahren. Präsident Franklin D. Roosevelt hat bei seiner Amtsantrittsrede 1933 Klartext gesprochen zu jenen Verantwortlichen, welche das Geldsystem der USA damals beherrscht und zu ihrem eigenen Zweck missbraucht haben. Lesen sie, was Stephen Zarlenga, Franklin D. Roosevelt und der Erzbischof von Canterbury über die Verantwortlichen des Börsencrashes von 1929, respektive generell zum Geldsystem gesagt haben:

***Ethisch betrachtet, waren die zwanziger Jahre (des 20. Jahrhunderts) nicht nur eine Zeit der hemmungslosen Spekulation, sondern auch der Politik des freien Marktes, der Herabsetzung der Regierung und des blinden Vertrauens in den Nutzen des Laissez-faire-Kapitalismus und der Märkte für die Menschheit. Der Börsenkrach (1929) und die Depression setzten dieser Entwicklung ein jähes Ende.***

Einleitende Worte von Stephen Zarlenga  
Buchtitel (Der Mythos vom Geld - die Geschichte der Macht)

***"Die Herrscher über den Austausch der Güter der Menschheit (Geldsystem) sind aufgrund ihrer eigenen Sturheit und ihrer eigenen Unfähigkeit gescheitert, haben ihr Scheitern zugegeben und abgedankt. Die Praktiken der skrupellosen Geldwechsler stehen vor dem Gericht der öffentlichen Meinung unter Anklage und werden von den Menschen vom Grunde ihres Herzens und ihres Verstandes abgelehnt. ... Die Geldwechsler flohen von ihren hohen Sitzen im Tempel der Zivilisation. Wir können diesen Tempel nun wieder seiner ursprünglichen Bestimmung übergeben.***

Franklin D. Roosevelt  
Amtsantrittsrede des Präsidenten der USA im März 1933

***Im Falle von Geld haben wir es mit etwas zu tun, das in unserer Generation mit Methoden gehandelt wird, die sich stark von den vor hundert oder fünfzig Jahren üblichen Methoden unterscheiden. Als es noch eine Vielzahl privater Banken gab, war das System der Kreditausgabe vielleicht noch angemessen, doch mit dem Zusammenschluss der Banken sind wir nun an einem Punkt angelangt, wo etwas, das allgemein gebraucht wird - nämlich Geld oder Kredit, der im Dienste des Geldes steht -, in der Tat zu einem Monopol geworden ist. ... Die private Ausgabe von neuen Krediten sollte in der modernen Welt genauso behandelt werden wie die private Geldprägung in früheren Zeiten. Die Banken sollten in ihrem Kreditpotential auf die von ihren Kunden hinterlegten Geldbeträge beschränkt sein, während die Ausgabe neuerer Kredite die Aufgabe einer staatlichen Behörde sein sollte. Dies bedeutet keineswegs eine Zensur der Banken oder Bankiers. Sie haben das ihnen anvertraute System mit beispielloser Rechtschaffenheit, Kompetenz und Gemeinsinn geführt. Doch das System hat sich anormal entwickelt und dazu geführt - wie so oft, wenn eine anormale Entwicklung über einen langen Zeitraum hinweg andauert -, dass etwas zum Herr wird, das Diener sein sollte.***

The Revered William Temple  
Erzbischof von Canterbury  
London, 26. September 1942

Ähnlich mutig sollten wir die Geldaristokratie auch heute wieder an ihre Verantwortung erinnern. Wer die jüngsten Schlagzeilen in den Medien verfolgt, stellt fest, dass die Situation heute tatsächlich nicht viel anders ist. Der Fall Swissair hat deutlich vor Augen geführt, wie wenige Akteure im grossen Spiel der Privatisierung in den letzten Jahren zu oberst mitgespielt haben.

Privatisieren hiess für viele Politiker, ihrem eigenen Filz die richtigen Pfründe zuzuschieben. Dem einen den Beton, dem Anderen das Bauen und so schufen sich die Einen ihre Oligopole und Monopole, während sie das Gewerbe (die KMU) in den Wettbewerb schickten. Die Sozialisten machten mit und kamen bei Post, SBB und Swisscom zu Traumsalären.

Es wird deshalb Zeit, dass wir den KMU-Unternehmern sofort den Druck wegnehmen und jungen Unternehmerinnen und Unternehmern echte Chancen für einen Start auf Dauer geben. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen nicht Kapital, sondern Arbeit. Geben wir ihnen Arbeit, dann können sie sich eine Firma aufbauen. Geben wir ihnen Kapital, dann machen wir sie abhängig. Wenn wir ihnen schon Kapital geben, dann sollte es Gratiskapital sein.

Mein Vorschlag für einen „New-Deal“ umfasst folgende Punkte:

1. Ziel eines als gerecht und demokratisch korrekt empfundenen Wirtschaftssystems muss es sein, dass alle Menschen in Würde durch Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Die Finanzwirtschaft darf deshalb die reale Wirtschaft nicht weiter derart schädigen!. Die Börse ist dem Spielbankengesetz zu unterwerfen und wer seine Gewinnchancen durch medienwirksame Auftritte oder andere Scharlatanerie zu verbessern versucht – wie beispielsweise durch Ansetzen eines einzelnen Spezialisten auf einen einzelnen Titel im Sinne eines Kesseltreibens - , wird mit drakonischen Strafen bedroht.
2. Geldinstitute dürfen sich nicht mit eigenen Firmen im Wettbewerb mit anderen Unternehmungen beteiligen (Private Equity).
3. Die Eintrittschancen von jungen Menschen ins Wirtschaftsleben soll nachhaltig über alle Generationen sichergestellt sein. Dazu stellt der Bund jedes Jahr 10 000 Jungunternehmerinnen und -unternehmern ein Kapital von je CHF 100 000.— zur Verfügung. Auf diese Weise werden die einzelnen Jungunternehmerinnen und -unternehmer nicht zu Schuldner, sondern zu Besitzerinnen und Besitzern ihrer Unternehmungen. Als solche werden sie ihre Unternehmungen nachhaltig pflegen wie der Bauer seine Scholle. Dies garantiert nachhaltig gesunde Strukturen.

Der Fall Swissair machte offensichtlich, dass die Politiker in unserem Land kein Gefühl dafür haben, was talentierte junge Unternehmerinnen und Unternehmer mit einer Milliarde Franken leisten könnten. Was bei der Swissair in wenigen Wochen verpufft, würde bei den KMU hundertfach zurückfliessen.

Ich habe meine Firma 19?? mit CHF 100 000 Fremdkapital gestartet. Seither sind 70 neue hochwertige Arbeitsplätze in der Informatik entstanden. Würde der Bund jedes Jahr für eine Milliarde Franken Jungunternehmer fördern, dann könnten 10 000 Jungunternehmer mit einem gleichen Startkapital ausgestattet werden.

Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich mit einem Projekt in einer Schweizer Gemeinde anmelden, wo sie eine Firma gründen wollen. Mit 10 000 jungen Unternehmerinnen und Unternehmern pro Jahr trifft dies durchschnittlich drei pro Gemeinde. Mit diesem „New Deal“ erhielten also in jeder Schweizer Gemeinde jährlich drei Jungunternehmerinnen und -unternehmer eine Startchance. Schafft jeder und jede von ihnen durchschnittlich nur 10 Arbeitsplätze, entstehen jedes Jahr 100 000 neue Arbeitsplätze. Es würde ein tatsächlich freier Markt geschaffen und nicht die Machtwirtschaft der Grosskonzerne ausgebaut, wie wir sie heute kennen.

Mit diesem „New Deal“ hätten alle jungen Schweizerinnen und Schweizer eine Chance auf eine eigene Unternehmung, ohne sich verschulden zu müssen. Es ist ja auch widersinnig, wenn verlangt wird, dass sich Unternehmer zuerst schuldig machen gegenüber der Gesellschaft, nur sie gute Ideen haben, die sie realisieren möchten.

Jede Unternehmerin, jeder Unternehmer müsste sich aus allen politischen Gemeinden der Schweiz jene aussuchen, welche das Projekt unterstützt. In einer Gemeindeabstimmung würde das Volk demokratisch darüber abstimmen, welches Projekt in ihrer Gemeinde finanziert werden soll. Kleinere Gemeinden kämen auf diesem Weg wieder zu Unternehmungsansiedlungen. Bei geschickter Auswahl der Projekte kann sich eine Gemeinde dadurch auch finanziell gut entwickeln. Das jährliche Ringen um die Projekte könnte auch helfen, die Jungen wieder zu politisieren.

Anstatt also Milliarden Projekte wie die Swissair zu stecken, könnte die Eidgenossenschaft mittels eines permanenten „New-Deal“ Innovationen erzeugen, welche unser Land wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder dorthin zurückbringt, wo wir einmal waren - zu einer funktionierenden direkten Demokratie, in welchem Wohlstand und Wohlfahrt für alle nicht nur ein Ziel, sondern gelebte Realität sind.

Muri Ivo  
Unternehmer  
Glockenstrasse 1  
CH-6210 Sursee